«Die Schweiz darf nur jene Daten liefern, die in ihrem Interesse sind»

Finanzprofessor Martin Janssen kritisiert die Haltung von Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf.

Mit Martin Janssen sprach Arthur Rutishauser

Herr Janssen, Bundesrätin Widmer-Schlumpf verhandelt offenbar über den automatischen Informationsaustausch (AIA). Ist das das Ende des Bankgeheimnisses?
Das muss nicht sein. Aber ich möchte festhalten, dass ich den AIA nicht für etwas Wünschenswertes halte.

Warum?
Fast alle Staaten in Europa haben ihre Bürger in den letzten hundert Jahren immer wieder fichiert, verfolgt, eingekerkert, umgebracht oder gar zu Millionen ermordet. Wir müssen den Bürger vor dem Staat schützen, vor allem in Zeiten, wo das möglich ist. Der gläserne Bürger ist sicher ein Schritt in eine völlig falsche Richtung. Dabei gibt es leider ein Aber.

Und das heisst?
Wenn es ohnehin wieder so herauskommen würde, dass die Schweiz, repräsentiert durch unsere Finanzministerin, am Schluss einknickt, gibt es nur zwei Möglichkeiten: Entweder entzieht das Parlament Widmer-Schlumpf das Verhandlungsmandat, oder Politik und Banken einigen sich hinter verschlossenen Türen darauf, was in dieser selbst gewählten Position der Schwäche überhaupt noch zu retten ist.

Ist denn das nicht klar? Es werden ja einfach Bankdaten ausgetauscht.
Selbst wenn man die eigentlich haarsträubende Meinung vertritt, die Schweiz solle ihre Banken zwingen, ausländische Staaten bei der Eintreibung ihrer Steuern zu unterstützen, müssen keineswegs alle Daten geliefert werden. Dabei ginge es, anders als unsere Finanzministerin meint, keineswegs darum, dass die Staaten je die gleichen Daten austauschten; noch stärker kann die Schweiz ja gar nicht mehr einknicken. Es geht vielmehr darum, einen Handel zu finden und nur jene Daten zu liefern, die im Interesse der Schweiz sind. Wichtig ist aus unserer Sicht, dass an diesem Handel alle Staaten teilnehmen, also auch die USA, England und Deutschland, und dass nicht permanent ein unfairer Druck auf die kleinen Staaten aufgesetzt wird, welche die Bürger besser schützen möchten. Schliesslich ist es wichtig, dass die Schweiz diese Massnahmen nicht wieder als Erste umsetzt, sondern erst dann, wenn die USA, England und Deutschland diesen Schritt gemacht haben.

Was heisst das für unser Verhältnis zu Deutschland?
Deutschland besteuert nur den Ertrag, keine Vermögen. Also müssten höchstens Angaben zu den Vermögenserträgen, also zu Zinsen, Dividenden und Kapitalgewinnen, geliefert werden – nicht aber Angaben darüber, wie viel deutsches Geld in der Schweiz liegt.

Was bringt es denn, wenn man nur die Hälfte und nicht alles liefert?
Viel, denn es gibt viele Deutsche und erst recht viele Südeuropäer, die auch das versteuerte Geld in die Schweiz bringen, weil sie befürchten, in der Heimat enteignet zu werden. Nach dem, was man aus der Vergangenheit weiss und was jetzt in Zypern passiert ist, ist das auch verständlich. Und die Schweiz will die entsprechenden Dienstleistungen anbieten und so Arbeitsplätze, Einkommen und Steuern generieren.

Wenn der Heimatstaat weiss, wie hoch die Erträge sind, weiss er doch auch, wie hoch das Vermögen ist.
Er hat natürlich eine ungefähre Vorstellung, wie viel Geld der Betreffende ausser Landes hat, und er kann überprüfen, ob das aufgrund der Steuerrechnungen plausibel ist. Doch es bleibt ein Rest an Intimität gewahrt. Zum langfristigen Schutz der Freiheit der Bürger soll die Schweiz das nicht aufgeben. Selbst wenn man diese letzte Schranke nicht überwindet, muss die Schweiz ihre Forderungen gegenüber der EU verstärken.

Martin Janssen
Der Professor am Institut für Banking und Finance der Universität Zürich setzt sich nicht zum ersten Mal für eine härtere Haltung der Schweiz im Steuerstreit ein.

Nämlich?
Im Vordergrund steht in Europa der Zugang der Schweizer Finanzdienstleister zum europäischen Markt. Es darf nicht länger sein, dass die EU ihren Markt unter dem Vorwand des Kundenschutzes (Mifid) abschottet. Das dürfen wir nicht zulassen.

Mit den Amerikanern schliessen wir ein Abkommen, das die Schweiz dazu verpflichtet, alle Bankdaten zu liefern, ohne Gegenleistung. Wieso soll das mit Europa anders sein?
Ich bin kein Freund von Fatca. Die Eidgenossenschaft sollte einen solchen Knebelvertrag allerdings nicht freiwillig unterzeichnen und es den Finanzdienstleistern überlassen, wie sie diesen Vertrag abschliessen. Die allermeisten Banken haben indes keine Alternative.

Warum?
Die USA stellen den Banken eine Infrastruktur, im Besonderen das Dollarclearing, zur Verfügung. Ohne dieses kann keine international tätige Bank überleben. Die Europäer aber haben nichts Derartiges vorzuweisen. Ich bin im Übrigen überzeugt, dass sich die Amerikaner mit Fatca einen schlechten Dienst erweisen. Massnahmen, die den Banken weltweit etwa zehnmal mehr Kosten aufbürden, als bei den Amerikanern Steuererträge anfallen, werden sich mittelfristig rächen.

IWF-Konferenz Schweiz fordert gleiche Regeln für alle

An der Frühjahrskonferenz von IWF und Weltbank in Washington sprachen sich die G-20-Länder am Wochenende für den automatischen Austausch von Steuerdaten aus. Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf plädierte beim Treffen für globale Standards und faire Regeln. Die Schweiz sei bereit, unter gewissen Voraussetzungen über den automatischen Informationsaustausch zu diskutieren. Für die Schweiz sei aber wichtig, dass die Standards auch für Offshore-Finanzzentren und wirtschaftliche Konstrukte wie beispielsweise Trusts nach angelsächsischem Recht gälten, erklärte Widmer-Schlumpf. Es sei nicht klar, welche Informationen ausgetauscht werden sollten. Grundsätzlich müsse Reziprozität gelten: Ein Staat müsse bereit sein, die Daten zu liefern, die er vom anderen einfordere.

Bei der Zusammenkunft der G-20 stand die Schweiz zusammen mit 13 Ländern in der Kritik. Ein am Treffen vorgestellter Bericht des Global Forum über Transparenz und den Austausch von Informationen für Steuerzwecke bemängelt die Kooperation der 14 Länder bei Steuerfragen. Die Schweiz habe für alle kritisierten Punkte Lösungen eingeleitet, betonte Widmer-Schlumpf. Das Global Forum überprüft, wie Länder in Steuerfragen kooperieren. Der Bundesrat hatte 2009 die Standards der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) akzeptiert. Die Schweiz gewährt nun auch bei Steuerhinterziehung Amtshilfe

Widmer-Schlumpf sprach auch mit US-Finanzminister Jack Lew. Die Schweiz strebt eine möglichst umfassende Lösung für unversteuerte US-Gelder an. «Wir hoffen auf einen Abschluss», sagte Widmer-Schlumpf. Die Verhandlungen dauerten lange, weil die Schweiz nicht alle Forderungen der USA akzeptieren könne. *(SDA)*